Zentrale Arbeitsgruppe zur Versorgung psychisch kranker und suchtkranker Menschen in der Stadtgemeinde Bremen

Fachausschuss Allgemeinpsychiatrie

Sitzung am 01.06.2011

Protokoll

Tagesordnung

1: Protokoll der Sitzung vom 02.03.2011 1

2: Genderleitlinien 1

3: Umstellung des Begutachtungsverfahrens 2

4: „Prognosegutachten“ 2

5: Landespsychiatrieplan 3

6: Planungen des Klinikums Bremen-Ost für eine Einrichtung der Eingliederungshilfe 3

7: Verschiedenes 3

Teilnehmer/innen

Bernd Knies (Initiative…), Gerd Möhlenkamp (Gesundheitsamt Bremen), Gabriele Nawroth-Stier (Gesundheitsamt Steuerungsstelle), Jürgen Rohde (Sozialwerk der Freien Christengemeinde), Wolfgang Rust (Arbeiter-Samariter-Bund), Alexander Bohn (AMEOS-Klinik Dr. Heines), Heidi Mergner (Initiative…), Christa Rauwald (Behandlungszentrum Mitte), Helmut Thiede (Gesellschaft für Ambulante Psychiatrische Dienste Gapsy), Tina Macholdt (Bremer Werkgemeinschaft), Bernd Höppner (Innere Mission) Siegrfied Ueberschär (Behandlungszentrum Süd) Gabi Ravenborg (Innere Mission) Detlef Tintelott (Landesverband Psychiatrieerfahrener)

1: Protokoll der Sitzung vom 02.03.2011

Verabschiedet.

2: Genderleitlinien

Mittlerweile ist eine positive Reaktion der Senatorin auf die Zusendung der vom Fachausschuss verabschiedeten Leitlinien erfolgt.

Der Hinweis auf die Notwendigkeit, für bestimmte Diagnosen und Zielgruppen geschlechtsspezifische Konzepte anzubieten und insgesamt im Bereich Psychiatrie/Psychotherapie Leitlinien zu entwickeln und zu etablieren, wurde in die Korrekturfassung des Landespsychiatrieplans aufgenommen.

Der Bitte der senatorischen Behörde wird entsprochen, den 2008 von der Gender-Arbeitsgemeinschaft erstellten Bericht (mit Befragung der Einrichtungen) zu erhalten.

Die künftigen Koalitionsparteien in der Bremischen Bürgerschaft sollen zeitnah die Leitlinien und die Reaktion der Senatorin erhalten, um gegebenenfalls hierauf in der Koalitionsvereinbarung eingehen zu können.

Alle Leistungserbringer (auch niedergelassene Ärzte) sollen ebenfalls die Leitlinien erhalten.

Es erfolgt eine Diskussion, wie der weitere Prozess begleitet werden kann:

Orientierung am Ablauf in anderen Bundesländern, Beratung durch einrichtungsunabhängige Institution/Person, wissenschaftliche Begleitung und Organisation öffentlicher Veranstaltungen werden genannt.

Die Gender-Arbeitsgruppe wird hierzu ab der nächsten Sitzung einen Vorschlag entwickeln und regelmäßig im Fachausschuss berichten.

3: Umstellung des Begutachtungsverfahrens

Die Zentralisierung bleibt weiterhin Ziel der Gesundheitsbehörde. Eine eingesetzte Arbeitsgruppe soll bis September einen Vorschlag zur Umsetzung erarbeiten.

Die Kritik des Fachausschusses und der Behandlungszentren an dieser Veränderung wegen ihrer Kontraproduktivität für die Stärkung regionaler Strukturen bleibt unberücksichtigt. Die Planung steht auch in der Korrekturfassung des Landespsychiatrieplans unverändert.

Im Hinblick auf die Abgabe von 1,5 Stelle durch die Behandlungszentren werden diese bereits jetzt in den BHZ eingespart.

Unter dem Tagesordnungspunkt gibt es eine Diskussion dazu, warum es bisher nicht gelungen ist, aus der Sicht aller Fachleute zielführendere Konzepte zur Steuerung vorzulegen.

Frau Macholdt weist darauf hin, dass die Leistungserbringer in den letzten Jahren durch Absenkung durchschnittlicher Betreuungsschlüssel und durch fehlende Entgeltsteigerungen (aktuell: Nullrunde) einen erheblichen Beitrag dazu geleistet hätten, dass die im übrigen bundesweit zu beobachtende Steigerung der Kosten im Bereich der Eingliederungshilfe in Bremen im Bereich Psychiatrie in Grenzen gehalten werden konnte.

Herr Rust sieht, dass die Träger hier nicht aktiv genug gewesen sind.

Kritik wird am schleppenden Verlauf der Vertragskommission geäußert.

Herr Thiede fordert, die Frage der Steuerung der Versorgung leistungsträgerübergreifend anzugehen und so Synergieeffekte herzustellen, die bei isolierter und abgrenzender Vorgehensweise im Bereich der jeweiligen Leistungsgesetze nicht möglich sind.

Eine Arbeitsgruppe des Fachausschusses soll eine entsprechende Positionierung des Fachausschusses vorbereiten (Frau Ravenborg, Herr Thiede, Herr Rust).

4: „Prognosegutachten“

Durch widersprüchliche Aussagen im Landesrahmenvertrag beziehungsweise den dortigen Ergänzungen ist unklar, ob und in welcher Form die Stellungnahmen der Behandlungszentren zur weiter bestehenden Notwendigkeit des Betreuten Wohnens bei längeren Klinikaufenthalten erfolgen sollen.

Frau Nawroth und Frau Macholdt werden nochmals versuchen, die Informationen abzugleichen und eine Klärung herbeizuführen.

5: Landespsychiatrieplan

Vorherige Äußerungen zu einigen Aspekten (Steuerung, Regionalbudget, Integrierte Versorgung, Regionalisierung vs. Spezialisierung, Rolle der Psychotherapie, Umsetzung der Verordnung über Maßstäbe und Grundsätze für den Personalbedarf in der stationären Psychiatrie) wurden angesichts der teilweise heftigen Kritik relativiert und vorsichtiger formuliert.

Die Anwesenden sind sich einig, dass der Landespsychiatrieausschuss künftig regelmäßig tagen muss, weil durch ihn auch Akteure in den Kommunikationsprozess einbezogen werden konnten, die an der sonstigen Arbeit der Fachgremien nicht beteiligt sind, aber eine wesentliche Rolle bei der Weiterentwicklung spielen.

Die Besetzung des Landespsychiatrieausschusses mit teilweise doppelter Vertretung von Kliniken und Unterrepräsentation anderer Leistungserbringer muss überprüft werden

Die Aufstellung der vorgesehenen Arbeitsgruppen wird als Testfall dafür angesehen, ob seitens der Behörde eine Verbesserung der Einbeziehung der regelmäßig tagenden Fachgremien und der Transparenz von Planungsprozessen ernsthaft gewollt ist.

6: Planungen des Klinikums Bremen-Ost für eine Einrichtung der Eingliederungshilfe

Frau Stroth von der senatorischen Behörde hatte im Vorfeld darüber informiert, dass über das bekannte, Ende 2008 von einer Arbeitsgruppe verabschiedete Konzept hinaus kein neuer Stand zu berichten sei.

Das steht im Widerspruch zu Informationen aus der Klinik, die Frau Macholdt bei zwei Gesprächen dort erhalten hatte, nämlich dass der Geschäftsführer des Bremer Klinikverbund Gesundheit Nord, Herr Hansen, die Forensik mit Planungen für eine geschlossene Einrichtung beauftragt habe.

In Diskussionsbeiträgen wird das als Widerspruch zu der im Landespsychiatrieplan formulierten Forderung nach integrierter und kooperativer Planung der Versorgung benannt, aber auch als typisch für die nicht vorhandene Kooperationsfähigkeit von Herrn Hansen.

7: Verschiedenes

- **Antragsverfahren**

  Neuerdings faxt die Steuerungsstelle nur noch den Bremer Hilfeplan an die Leistungserbringer, um Papier- und Portokosten zu sparen.

  Das wird kritisiert, weil es vorher Vorschläge für andere Möglichkeiten gegeben hatten (Botendienste, verschlüsselter E-Mail-Versand).

  Da im Bremer Hilfeplan nur die Hilfebedarfsgruppen benannt werden, in der Realität aber noch mit Schlüsseln geplant und abgerechnet wird, wird die Steuerungsstelle einen Weg finden, die Träger auch über die gemeinten Schlüssel zu informieren.

  Die vor zwei Jahren eingeführte Vereinheitlichung der Verlaufsberichte durch die Träger hat sich nach Eindruck von Herrn Ueberschär bewährt.

  Problematisch sei noch die unterschiedliche Handhabung bei der Versendung der Antragsunterlagen.

Es wird vereinbart, dass alle Träger sich künftig so verhalten:

Persönlicher Antrag und Trägerantrag werden zusammen mit Verlaufsbericht und Hilfeplanvorschlag (im Paket) 8 Wochen vor dem Auslaufen der aktuellen Kostenübernahme an die Steuerungsstelle geschickt, die dann das Begutachtungsverfahren auf den Weg bringt.

Ein Exemplar von persönlichem Antrag und Trägerantrag erhält das jeweils zuständige Sozialzentrum.

- **Planungen der AMEOS-Klinik**

  Auf Nachfrage hat die Verwaltungsleitung der Klinik bekräftigt, dass sich das Angebot der Einrichtung auf chronisch mehrfach geschädigte drogenabhängige Menschen beschränken wird.

  Die weitere Begleitung seitens der Fachgremien obliegt somit dem Fachausschuss Sucht.

- **Personelle Veränderungen**

  Christa Rauwald verlässt das Klinikum Bremen-Ost und wir künftig als niedergelassene Ärztin tätig sein. Das wird einerseits von den Mitgliedern des Fachausschusses wegen des Wegfallens einer zuverlässigen Kooperationspartnerin in der Klinik bedauert, andererseits freut man sich über die Verstärkung des ambulanten Versorgungssektors durch eine sozialpsychiatrisch erfahrene Ärztin.

Nächste Sitzung:

07.09.2011

Wolfgang Rust/01.06.2011